

29. VII. 1919

Schwere Gewalttat in Wiener-Neustadt.

Die beiden nichtsozialdemokratischen Blätter von Wiener-Neustadt wegen eines mißliebigen Artikels besetzt. — Verwüstungen der Druckereien. — Bedrohung eines Korrespondenten.

Wiener-Neustadt, 28. Juli.

In Wiener-Neustadt haben sich heute Ereignisse abgespielt, welche die ernsteste Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit Deutschösterreichs verlangen. Die beiden dortigen nichtsozialdemokratischen Wochenblätter hatten einen Artikel des Wiener „Deutschen Volksblattes“ nachgedruckt, worin dem Bürgermeister und mehreren anderen sozialdemokratischen Gemeinderäten von Wiener-Neustadt der Vorwurf gemacht wurde, daß sie den Waffenschmuggel nach Ungarn unterstützten. Die beiden Blätter hatten um so weniger Grund, von einem Nachdruck des erwähnten Artikels abzugehen, als die mit solcher Geheimnistuerei umgebenen Waffenlieferungen seit langem eine bekannte Tatsache waren und auch die Beschuldigten keine ernstliche Miene machten, ihre Teilnahme durch klare Beweise vor der Öffentlichkeit zu bestreiten. **O s e n b ö c k** und Genossen unternahmen auch nach der Veröffentlichung noch nichts zur Klärstellung des Sachverhaltes, sondern glaubten, jede Erörterung dieser Frage durch die gewaltsame Unterdrückung der freien Meinungsäußerung abbrechen zu müssen. Für heute mittag beriefen sie ihre Anhängerschaft zu einer Versammlung unter freiem Himmel ein, in der sie so aufreizend sprachen, daß die Demonstranten zur Besetzung der beiden Blätter sich veranlaßt sahen und schwere Gewalttat begingen. Die Beteiligten stellten eine Art Gerichtshof auf, der über die Redakteure abzuurteilen und über das weitere Vorgehen gegen die Blätter zu beschließen hätte. Also ein Revolutionstribunal nach berühmtem bolschewikischen Muster.

Dieser neueste Fall des Terrors übertrifft alle diesbezüglich in der deutschösterreichischen Republik bisher gemachten bösen Erfahrungen. Wenn derartiges geduldet würde, ist die Freiheit der gesamten Presse und die freie Meinungsäußerung und politische Freiheit überhaupt in Frage gestellt. Darüber kann nicht stillschweigend zur Tagesordnung übergegangen werden. Man darf deshalb erwarten, daß die gesamte Presse einschließlich der sozialdemokratischen, die sich ja auf ihre Freiheitlichkeit beruft, sich gegen solche Akte nackter Willkür zur Wehr setze und daß die Abgeordneten — nicht bloß die nichtsozialdemokratischen — wirksame Maßnahmen zum Schutz gegen solche Ueberfälle treffen. Brutale Beugung jeder Rechtsordnung kann und darf von niemandem länger geduldet werden, welcher Partei er auch angehören mag. Denn das ist verkappter Bolschewismus, der Anfang vollendeter Anarchie.

Wiener-Neustadt, 28. Juli.

Die „Korr. Weiß“ berichtet: Das hiesige christlich-soziale Blatt „Wiener-Neustädter Zeitung“ und die deutschnationalen „Wiener-Neustädter Nachrichten“ hatten die Artikel des „Deutschen Volksblattes“, in dem der sozialdemokratische Bürgermeister **Abg. O s e n b ö c k**, **W i j e b ü r g e r m e i s t e r B ä h l e r**, **Abg. S c h ö n f e l d**, **Abg. S e l m e r** und andere sozialdemokratische Führer aus Wiener-Neustadt der Unterstützung des Waffenschmuggels an die ungarische Räte-regierung beschuldigt wurden, abgedruckt und kommentiert. Aus diesem Anlasse veranstalteten die hiesigen Sozialdemokraten heute mittag lärmende Demonstrationen, die schließlich mit dem Sturm auf die Redaktionen der beiden Blätter endeten.

Schon um 11 Uhr vormittags machten die Arbeiter in den hiesigen Betrieben Schluß und gegen 12 Uhr mittags zogen etwa 1000 Arbeiter vor dem Rathaus auf. Vom Balkon des Rathauses hielten **Bgm. O s e n b ö c k** und **Nationalrat S c h ö n f e l d** Ansprachen, in denen sie erklärten, daß die beiden nichtsozialdemokratischen Blätter die hiesigen sozialdemokratischen Führer verleumdet hätten. An dem Artikel sei kein wahres Wort. Die heutige Demonstration soll die letzte Mahnung an die Gegner der Sozialdemokraten sein, welche die Geduld der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht länger auf die Probe stellen sollen. Diese werde solch verleumderische Angriffe auf ihre Führer sich keineswegs gefallen lassen. Es wurde ein Komitee, bestehend aus Arbeiter- und Soldatenräten und Vertrauensmännern der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, eingesetzt, vor dem sich die beiden Schriftleiter der genannten Blätter wegen dieser Artikel zu verantworten (!) haben werden. Weiters wurde beschlossen, die Frage zu erwägen, ob die beiden Blätter nicht einzustellen (!) seien. Ein weiterer Beschluß besagt, daß die genannten Blätter unter Aufsicht zu stellen seien.

Ausgehend durch die Reden **O s e n b ö c k**s und **S c h ö n f e l d**s zogen einige hundert Teilnehmer in die Brodtischgasse vor die Redaktion der christlichsozialen „Wiener-Neustädter Zeitung“, die schon vorher besetzt worden war. Die Demonstranten drangen in die Redaktionsräume und trugen listenweise alle Schriften, Manuskripte, Geschäftsbücher und alles, was sie dort vorfanden, auf die Straße, wo die Papiere, Bücher u. dgl. unter lärmenden Kundgebungen der Menge ausgestellt wurden. Sodann zog die Menge zur Redaktion der „Wiener-Neustädter Nach-

richten“ am Hauptplatz, die ebenfalls besetzt war. Die Demonstranten begaben sich in das im zweiten Stockwerke gelegene Redaktionslokal und warfen sämtliche vorgefundenen Schriften, Zeitungen, Geschäftsbücher und andere Materialien durch die Fenster auf die Straße.

Der Herausgeber der Korrespondenz Weiß, der in Ausübung seines Berufes am Hauptplatz der Demonstration beiwohnte, wurde plötzlich von einer Anzahl Arbeiter umringt und befragt, ob er nicht der Redakteur der „Wiener-Neustädter Zeitung“ sei. Als er diese Frage verneinte, sagte einer der Arbeiter: „Sie werden auch nicht besser als der sein“ und verietzte ihm mehrere Faustschläge ins Gesicht. Redakteur Weiß mußte in das Hotel „Zentral“ flüchten, wo sich indessen mehrere hundert Arbeiter angesammelt hatten und durchaus Einlaß verlangten, obwohl jetzt ein Soldatenrat beruhigend auf die Menge einzuwirken versuchte. Weiß wandte sich telephonisch an **Bgm. O s e n b ö c k** um Hilfe, der die Menge aufklärte, worauf sich diese entfernte.

Nach den heutigen Ereignissen ist das weitere Erscheinen der beiden Zeitungen vorläufig in Frage gestellt.